

B Unabhängige Bauernzeitung

Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

65. Jahrgang / Heft 149 • www.ubv.at • Oktober 2024



*Das Geheimnis des Könnens
liegt im Wollen*

Die Agrarpolitik neu ist „Freiwillig“! „Tuast nit mit, wirst aber bestraft“!

Mache Entwicklungen in der Agrarpolitik konnte man sich im Traum nicht vorstellen. Jetzt sind sie Wirklichkeit! Von den eigenen Vertretern entwickelt und inszeniert, sollen sie jetzt umgesetzt werden. Das neue Zauberwort heißt „freiwillig“! Das Ziel ist ein brutaler Umbau der Agrarwirtschaft. Kleine und mittlere Betriebe will man aus der Produktion rausdrängen. Es wird für Konzerne eingerichtet. Was an Produktion verloren geht, wird importiert. „Warum hier Bauern teuer subventionieren, wenn man billig importieren kann“? sagen die Profiteure dieser geplanten Umwälzungen. Die Agrarpolitik tut hier bereitwillig mit. Zwei Beispiele:

Erstens: Tierwohl plus

Aktuell beginnen Genossenschaften, immer neue Vorgaben bei der Produktion von Lebensmitteln den Bauern – also ihren Eigentümern – vorzuschreiben. Dass es klare Spielregeln braucht, ist verständlich und wichtig. Wenn diese Spielregeln die Bauern hier in die Versklavung und in Kostenfallen führen und sie zudem in einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Importprodukten treiben, ist Schluss mit lustig. Mit dem „Tierwohl plus“ Programm wird dies jetzt brutal vorexerziert. Wer von den Milchbauern nicht freiwillig mitmacht, der darf freiwillig gehen.

Sprich, er soll sich aus der eigenen Genossenschaft verabschieden.

Zweitens: Die Nitratrichtnlinie

Die eigene Vertretung, Landwirtschaftskammer und Ministerium verordnen den Bauern eine Regelung, die sie in teure Investitionen zwingen soll. Natürlich „freiwillig“. Wer nicht „freiwillig“ in teure bodennahe Gülleausbringtechnik und Separierung investiert – dies sei der einzige Weg zur Erfüllung der Ziele der Nitratrichtnlinie – der habe Pech gehabt und kann am ÖPUL nicht mehr teilnehmen. Obwohl es mit der Gülleverdünnung eine echte und auch wissenschaftlich belegte Alternative gibt, versuchen Kammer und Ministerium, diese abzuwürgen. Gleichzeitig inszenieren beide Institutionen einen Werbefeldzug für teure Gülleausbringtechnik so, als ob sie dabei gutes Geld verdienen würden. Denkt man sich im Hintergrund noch das Renaturierungsgesetz und die EU-Entwaldungsverordnung dazu, wobei beide Institutionen über die Absichten dieser Regel erst angeblich aus den Zeitungen erfahren haben, dann weiß man, was es für Bauern in Europa geschlagen hat.

Wir vom UBV schweigen nicht und zeigen ungeschminkt auf, was los ist. www.ubv.at



Foto: Privat



Offener Brief des UBV-Bundesvorstands an Herrn Agrarminister Mag. Norbert Totschnig und LK Österreich Präsident Herrn Josef Moosbrugger

Betrifft: Zulassung der gesteuerten Gülleverflüssigung mit Wasser als echte, kostengünstige Alternative zur Erreichung der Nitratrichtlinie zur bodennahen Gülleausbringung.

Geschätzte Herren!

Wir stellen mit großem Befremden fest, dass das Agrar-Ministerium und die LK Österreich rund um die Nitrat Richtlinie unbeirrt die Bauern in ein ökonomisches Schlamassel treiben, obwohl es ausreichend Fakten dafür gibt, wonach die von Kammermitarbeitern vorgeschlagene bzw. massiv eingeforderte Regel zur Erreichung der Ziele der Nitratrichtlinie zum Scheitern verurteilt sein wird.

Die Weigerung Eurer Mitarbeiter, jede Alternative zur Separierung der Gülle mit bodennaher Ausbringung wider besseres Wissen zu ermöglichen, ist ein Lehrbeispiel für Missbrauch. Wer kommt bei Nichterfüllung der Ziele der Nitratrichtlinie mittels Gülleseparierung und bodennaher Ausbringung für den entstandenen Schaden bei den Bauern auf? Haften die Landwirtschaftskammer oder das Ministerium?

Wir fordern daher das Agrar-Ministerium Österreich und die Landwirtschaftskammer Österreich auf, nach dem Modell von Bayern und Baden-Württemberg auch in Österreich die Gülleverflüssigung mit Wasser als alternative Methode für die Umsetzung/ Erfüllung der Nitratrichtlinie zuzulassen und damit auch die weitere Teilnahme am ÖPUL uneingeschränkt zu ermöglichen.

Unser Vorschlag ist wissenschaftlich als sinnvoll nachgewiesen. Die Gülleverflüssigung mit Wasser (1:1 oder mehr) erfüllt die Vorgaben zur Erfüllung der Nitratrichtlinie vollumfänglich. Demnach ist nicht nur die Ausgasung deutlich stärker reduziert als bei der Separierung, es gibt zudem viele weitere positive Effekte wie bessere Nutzung des Stickstoffs (bis zu 1,2 Kilo je m³) oder eine breitere Vielfalt im Pflanzenbestand am Beispiel Grünland.

Gülleverdünnung ermöglicht Breitverteiler

Mit der Gülleverdünnung ist es möglich, weiter mit dem Breitverteiler die Gülle auszubringen. Damit ersparen sich die Bauern enorme Kosten, weil die Anschaffung teurer bodennaher Gülleausbringtechnik nicht mehr erforderlich ist. Zu guter Letzt stellte sich bei den wissenschaftlichen Untersuchungen bisher heraus, dass die Gülleseparierung deutlich schlechtere Werte ausweist, als man dies in aufwendigen Werbebroschüren seitens der Landwirtschaftskammer derzeit darstellt.

Propagierte Methode zu teuer

Wir haben bereits vor über einem Jahr darauf hingewiesen, dass die von Kammermitarbeitern bevorzugte Option der bodennahen Gülleausbringung mit Separierung - federführend Herr Hölzl (LK OÖ) und in seinem Schlepptau Herr Stögmüller LK NÖ sowie seitens

Raumberg Gumpenstein Herr Pöllinger (also Ministerium) – nicht nur eine kostenintensive Angelegenheit ist, sondern für viele Bauern – vor allem in den Bergregionen – technisch aus verschiedenen Gründen kaum umsetzbar ist bzw. die Bauern kostenseitig in ein Tal der Tränen treiben wird.

Wir haben seit Bekanntwerden der geplanten Maßnahmen überlegt, wie man generell das Problem einer effizienten Gülleausbringung und Erfüllung der Vorgaben zur Nitratrictlinie bestmöglich lösen könnte, und zwar idealerweise mit einer Lösung, die nicht von einer Förderung abhängig ist. Förderungen treiben die Bauern nur immer tiefer in eine Schuldenfalle, wenn es nicht Spielregeln gibt, die es ermöglichen, Investitionen in einem überschaubaren Zeitraum zu tilgen.

UBV-Methode wissenschaftlich bestätigt

Wir haben nach Alternativen gesucht und in der Praxis die Idee Güllerverdünnung mit Wasser getestet. Unsere Überlegungen wurden wissenschaftlich untersucht und bestätigt. Es gibt dazu in der LK NÖ bereits seit November 2023 einen konkreten Antrag, welcher vom UBV bei der LK-Vollversammlung eingebracht wurde. Dieser Antrag wurde bis heute nicht wirklich behandelt. Das bestätigte u.a. Kammerdirektor Franz Raab jüngst am 27. September bei einem Güllegespräch in der LK NÖ.

Wir haben Euch beide bei unseren Gesprächen heuer (Jänner – Minister Totschnig, April – Präsident Moosbrugger) über unsere Überlegungen informiert und aufgezeigt, dass es Alternativen für die Erfüllung der Nitratrictlinie gibt. Die Ergebnisse für ein Umdenken sind leider bis heute endend wollend. Die Vorgabe von Dir, lieber Norbert, unsere Idee mit einzubeziehen, hinterlassen bei uns bis heute den Eindruck einer „Pflanzerei“ durch jene Herren, die im Auftrag von Dir mit uns

dies sachlich besprechen und bewerten sollten! Das, was wir rund um die von Dir vorgegebenen Gesprächen zur Prüfung unserer Überlegungen erleben, spottet jeder Beschreibung.

Praxis nicht ernst genommen

Wir wollen nach Möglichkeit keine Förderungen, zumindest nicht solche, welche die Bauern in eine Schuldenfalle treiben. Wir haben rund um die Frage der Erreichung der Ziele der Nitratrictlinie den Eindruck, die (Agrar)Politik oder ihre Mitarbeiter erfinden eine Förderung, dann verkompliziert man das Ganze so, dass sich keiner mehr auskennt, sodass man uns (die Politik, die Kammer, das Ministerium) unbedingt benötigt. Zum Drüberstreuen gibt es zahlreiche Kontrollen. Denn, man könne den Bauern nicht trauen – Aussage eines maßgeblichen Verhinderers der Güllerverflüssigung im Ministerium.

Wir schreiben Euch heute einen offenen Brief, weil Ihr unsere Informationen bei unseren Terminen mit Euch bzw. Euren nominierten Ansprechpartnern nicht ernst nehmen wolltet oder nicht ernst nimmt. Wir wollten auf unkompliziertem Weg eine sachliche Lösung, wobei die Güllerverflüssigung als eine Alternative für den Mehrfach-

antrag herangezogen wird und damit die Bauern eine Möglichkeit zur freien Wahl hinsichtlich Gülleausbringung zur Erreichung der Ziele der Nitratrictlinie haben:

1) Gesteuerte Güllerverflüssigung 1:1

Dabei wird Gülle mit Wasser verdünnt und so der Trockensubstanzgehalt abgesenkt, wodurch die gewünschten Effekte der reduzierten Ausgasung klar erreicht werden können. Die besonderen Vorteile sind zudem, weiter mit der bisherigen Ausbringtechnik die Gülle ausbringen zu können. Damit kann man enorme Kosten sparen, weil die Anschaffung von teurer, neuer Ausbringtechnik nicht erforderlich ist. Zudem steigert man die Wirkung des vorhandenen Stickstoffdüngers um bis zu 1,2 Kilo je m³. Das ganze System braucht keine Förderung, man kann eine solche für die allfällige Erweiterung von Gülleraum ermöglichen.

2) Bodennahe Gülleausbringung mit Gülleseparierung

– wie von der LK Österreich massiv propagiert – verbunden mit dem Hinweis – alles freiwillig, aber wer nicht mitmache, der wird auf die



Josef Handl, Bernhard Tafelmaier-Merin, Josef Joschi Kaltenegger und Herbert Hochwaller kämpfen für Österreichs Bauern an der Gülle-Front.

ÖPUL-Gelder verzichten müssen. Das wurde auch sinngemäß so im Gespräch am 27. September 2024 in der LK NÖ bestätigt. Die Maßnahme sei ein ÖPUL-Tool, wer nicht mitmacht, hat keinen Anspruch auf ÖPUL-Geld.

Bauern wird gedroht

Geschätzte Herren, der Druck, der in den Formulierungen in diversen Druckwerken der LK Österreich und der LK OÖ, der LK NÖ oder der LK Steiermark gegenüber den Bauern erzeugt wird, ist schon ein starkes Stück. Die Bauernvertretung sollte die Bauern stärken und diesen nicht drohen!

Wer segnet solche Formulierungen ab?

Was besonders ungut aufstößt ist der Umstand, dass Du, lieber Norbert, Herrn SL Johannes Fankhauser damit beauftragt hast, die alternative Überlegung von uns ernsthaft zu prüfen. Das Ergebnis aus unserer Sicht war und ist ein reiner Pflanz durch die von Euch nominierten Ansprechpartner.

Diese sind bis heute nicht Willens oder imstande, auf Augenhöhe und auf Fakten basierenden Unterlagen unsere Überlegungen einer Lösung zuzufüh-

ren – sprich für den Mehrfachantrag aufzubereiten, damit man auch diese Wahlmöglichkeit hat.

Das Verhalten der handelnden Personen lässt den Schluss zu, dass es Begünstigungen für das promotete Modell gibt, wo jemand Vorteile daraus zieht. Die eigenartigen Fragestellungen und Behauptungen des von der LK bevorzugten Vorschlags betreffend lassen kaum einen anderen Schluss zu. Und man hat das Thema damit völlig unnötig politisiert, anstatt es rasch einer guten Lösung zuzuführen.

Drohungen statt Dialog

Zum Drüberstreuen drohte man uns ständig bei Gesprächen den sofortigen Abbruch des Dialoges an, der in Wahrheit eine reine Einbahnstraße ist. Fakt ist, dass wir alle Fakten und auch wissenschaftlichen Belege beigebracht haben. Vom Landwirtschaftskammer-Modell fehlt jeder wissenschaftliche Beweis dafür, dass man wirklich die Ziele der Nitratrüchtlinien erreicht. Dafür diffamieren uns die Herrschaften öffentlich. Wir prüfen diesbezüglich auch eine Klage, denn man muss dem Wahnsinn seine Grenzen aufzeigen.

Dafür beweist eine Untersuchung der LfL Bayern, dass die Separierung nicht zielführend, sondern schlecht für die Erreichung der Ziele der Nitratrüchtlinie ist. Was geht also in den Köpfen jener vor, dass man die Bauern – wie es scheint absichtlich – im wahrsten Sinn des Wortes in die „Scheiße“ reiten will?

Aus unserer Sicht ist dieses Vorgehen nicht akzeptabel. Vertreter öffentlicher Behörden wie dem Ministerium und der LK Österreich zwingen die Bauern „freiwillig“ zu Aktivitäten mit großem finanziellem Schaden für die Bauern und dem Steuerzahler. Denn die Förderung wird nachzeitigem Stand der Information auf der Basis von falschen Tatsachen, die Wirkung der Separierung betreffend, aus öffentlichen Geldern geplant.

Wir erwarten bauernfreundliche Lösung!

Wir erwarten uns, dass man sich rasch auf eine Lösung verständigen kann, die den Bauern dient. Die öffentlichen Denunzierungen weisen wir auf das Schärfste zurück. Wir fordern Euch aber eindringlich auf, die Gülleverflüssigung als Alternative für die Bauern im neuen Mehrfachantrag mit anzubieten.



Wir fordern das Agrar-Ministerium Österreich und die LK Österreich auf, nach dem Modell von Bayern und Baden-Württemberg auch in Österreich die Gülleverflüssigung mit Wasser als alternative Methode für die Umsetzung der Nitratrüchtlinie zuzulassen. Der von der Kammer und dem Ministerium inszenierte Werbefeldzug für bodennahe Gülleausbringtechnik wie Separierung ist ungeheuerlich. Wir appellieren an die Vernunft, sinnvolle Alternativen nicht abzuwürgen, sondern umzusetzen.

Den Bauern empfehlen wir, dass sie jede Investition in diese beworbenen Techniken mit den aufgebauten Schuldenfallen (versteckt hinter der empfohlenen Förderung) sofort zu stoppen. Es kann nicht sein, dass die Nachbarn hinter der Grenze diese Alternative umsetzen dürfen und unsere Bauern staatlich verordnet teuer bluten sollen.

Mehr Geld bei Enteignungen

In Oberösterreich, zwischen Ried und Raab, wurde im Juni 2022 eine neue 110 kV Hochspannungsleitung errichtet. Gegen diese Freileitung und für eine Erdverkabelungs-Variante haben einige Grundbesitzer fast ein Vierteljahrhundert lang vergeblich gekämpft. Knapp 60 Grundeigentümer, federführend UBV-Mitglied Johann Parzer aus Taiskirchen, waren mit den damaligen behördlich mittels Sachverständigen festgesetzten Zwangsenteignungen nicht einverstanden und wandten sich mit Unterstützung eines Prozessfinanzierers an die Gerichte. Das letzte Wort hatten die Enteigneten; der Rechtsstreit in Bezug auf eine angemessene Entschädigung dauerte insgesamt sechs Jahre und hat sich gelohnt.

Ein Urteil vom 19. März 2024 des Obersten Gerichtshof mit der Geschäftszahl 4Ob126/23t hält fest,

dass „im Fall teilweiser Enteignung bei der Ermittlung des Entschädigungsbeitrages auch auf die Wertminderung der dem Enteigneten verbleibenden Teile seines Grundbesitzes Bedacht zu nehmen ist“. Damit kommt es bei einzelnen Betroffenen im Vergleich zu den von der Behörde zugesprochenen Entschädigungen zu einer Verdoppelung bis Verdreifachung.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes steht auf der Website des UBV zum Nachlesen und als Download bereit.

Beratung und Musterverträge

Bei der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ am 27. Juni 2024 forderte der Unabhängige Bauernverband den Präsidenten der Landwirtschaftskammer OÖ auf, die oben genannte Entscheidung des Obersten Gerichtshof zur Kenntnis zu nehmen und bei LK-Beratungen und Ausarbeitung von Musterverträgen bei Entschädigungszahlungen (bei Stromleitung, Wasserrückhaltebecken, Gas etc.) auch anzuwenden. Dieser Antrag wurde vom Bauernbund abgelehnt.

Nicht nur die Ablehnung des Antrages des UBV in der Vollversammlung, auch ein Artikel im Mitteilungsblatt „Der Bauer“ vom 24. April 2024 erweckt den Anschein, dass von der Landwirtschaftskammer in der Angelegenheit nicht zu Gunsten der Landwirte beraten wird. Näheres dazu in einem offenen Brief an die LK ÖÖ, nachzulesen auf der Website des UBV, steht auch als Download zur Verfügung.



UBV-Obmann Karl Keplinger



Kommentar

Schöne neue Zukunft

In einer der ersten Ausgaben der Zeitung „Rinderzucht Fleckvieh“ vor gut 25 Jahren wurde der Rinderstall der Zukunft vorgestellt: Vollautomatisiert, klimatisiert und durch Gentechnik die Milch der Kühe so weit verändert, dass sie Vorstufen von Medikamenten produzieren. Die Fütterung sowie Bergung erfolgen autonom. Heute, 25 Jahre später, sind wir beinahe dort angekommen. Die Messe Wels zeigt uns, dass all das möglich wäre, wenn die Kaufkraft der Betriebe es zulassen würde. Förderungen dazu werden kommen und uns die Entscheidung für die Zukunft erleichtern. Noch braucht es das Wissen von uns Landwirten für die Versorgungssicherheit. KI wird lernen und fehlerbefreit sowie effizienter für uns Entscheidungen treffen. Der Natur wird all das als Freiraum geben, wenn Betriebe aufgrund der Topographie für Roboter ungeeignet sind. Das ist sozusagen Renaturierung durch die Hintertür. Die schwarzen Schafe unter den Bauern werden mehr.

LK-Rat Georg Schickbauer



Enteignungen für Infrastrukturbauten und Leitungen werden jetzt bedeutend höher entschädigt.

UBV Tirol Obmann Enthofer fordert mehr Milchgeld bei Tierhaltung plus

Seit 1. September gibt es ein neues Programm für Milchbauern. Das nennt sich Tierhaltung plus. Das bedeutet für die Milchbauern deutlich mehr Aufwand – das wird auch bestätigt, dafür gibt es aber nicht mehr Milchgeld. Das gibt es nur bei uns Bauern: mehr Aufwand – und als Lohn weniger Geld.

Die Berglandmilch ist aber „großzügig“ und gewährt eine Amnestie: Wer nicht freiwillig bei Tierhaltung plus unterschreiben will – darf ohne Sanktionen aussteigen! Das ist Zynismus in Reinkultur und Agrarpolitik vom „Hohen Ross“. Wer außerlandwirtschaftliche Funktionsgagen von 15.000 bis 20.000 Euro monatlich kassiert, der weiß nicht mehr, wie es den Bauern in der Praxis geht.

Präsident Josef Hechenberger sollte zurücktreten

Der Bauernmilchpreis war vor knapp 30 Jahren bei rund 54 Cent. Heute geistert der Bauernmilchpreis in etwa wieder in dieser Höhe herum. Die Produktionskosten haben sich in dieser Zeit vervielfacht. Und dann erklärt uns ein Kammerpräsident, der gar keine Milchkühe mehr hat – aber trotzdem Vorsitzender des Milchausschusses ist –, was für die Milchbauern kaufmännisch richtig sei. Präsident Hechenberger sollte sofort zurücklegen. Er vertritt nicht die Interessen der Bauern, sondern die seiner politischen Partei. Denn er verdient sein Geld mit seinen politischen Funktionen. Und vielleicht erklärt er uns, warum er keine Milch mehr erzeugt? Passte das Einkommen nicht?

Bauernmilchpreis müsste bei 1,10 Euro sein

Hätten wir einen echten kaufmännischen Bauernmilchpreis, der die Inflation der letzten Jahre abdeckt, dann müsste der Bauernmilchpreis bei 1,10 Euro liegen. Alles andere ist für Milchbauern ein Verlustgeschäft! Während

wir also ökonomisch jedes Jahr auf das Neue rasiert werden, steigen die Auflagen, wie sogar jene Herrschaften zugeben, die uns aus den eigenen Reihen jährlich die Suppe neu versalzen.

Es ist alles selbstverständlich - es darf halt nix kosten

Das betriebswirtschaftliche Rechnen ist nicht unbedingt die Stärke unserer Vertreter. Ein aktuelles Beispiel aus Tirol: Da gibt Agrarlandesrat Geisler 40% beim Bau eines Kälberstalles aus der öffentlichen Hand an Förderung dazu. Bei 100.000 Euro sind das 40.000 Euro. Da in der Regel bei den Bauern flüssiges Geld = Liquidität eher Mangel ist, bleibt nur der Weg zur Bank. Wer 60.000 Euro ausleihen muss, der zahlt bei günstigem Zinssatz rund 6% = 3.600 Euro Zinsen im Jahr. Der Gewinn beim Verkauf eines Kalbes mit rund 2,5 bis 3 Monaten liegt bei rund 30 Euro! D.h. der Bauer muss 120 Kälber verkaufen, damit er vom Gewinn die Zinsen zahlen kann. Wenn die Kuhherde aber nur 40 Kühe umfasst, muss der Bauer für 3 Jahre die Kälber verkaufen, damit er für 1 Jahr die Zinsen zahlen kann.

Ja zum Tierwohl – wir brauchen aber auch echte Gewinne

In der Diskussion um Tierwohl plus erwecken Präsident Hechenberger, AMA und weitere in diversen Medien den Eindruck, man sei gegen Tierwohl. Das ist eine freche Unterstellung. Wir zeigen nur ungeschminkt auf, dass es ökonomisch mit den AMA- und Hechenberger- Gleichun-

gen für die Bauern nicht passt. **Wir wollen und müssen mehr Geld verdienen. Das verweigert uns die Bauernvertretung, die AMA und im gegenständlichen Fall auch die eigene Molkerei. Es bestätigen alle, dass es einen deutlichen Mehraufwand bei Tierwohl plus gibt. Aber keiner will das bezahlen. Der Bauer muss es selbst bezahlen!** Welche Berufsgruppe macht das noch? Ich kenne keine. Wir sagen sofort ja zum bestmöglichen Tierwohl. Aber dann zahlt es auch. Das beginnt beim Konsumenten, beim LEH und endet bei den Rohstoff-Verarbeitern.

Beim Import sind diese Fragen zweitrangig

Beim schrankenlosen Verkehr und Handel von Lebensmitteln über die Ländergrenzen hinweg sind die Fragen der Produktion eher zweitrangig. Da versucht jeder im LEH und auch bei den Verarbeitern so billig wie möglich einzukaufen. Standards wie bei uns sind da nicht gefragt. Billig muss es sein. Und dann steht dieses Produkt ohne klare Herkunftskennzeichnung oft deutlich billiger als unsere Produkte im LEH. Unsere Vertretung schweigt dazu eisern. Aber wehe, es zeigt ein aktiver Bauer auf, was nicht passt. Da rücken all jene aus, die vom Bauerngeld gut bezahlt sind, dafür dass sie uns nicht vertreten, sondern verraten. Bei kniffligen Fragen sind unsere obersten Vertreter nicht zuständig oder im Zweifelsfall für jene, die gegen unsere Interessen agieren.



Alfred Enthofer stellt viele unangenehme Fragen zum Plan von Tierwohl plus und fordert einen höheren Milchpreis bei deutlich gesteigertem Aufwand. Natürlich reagierten AMA, Kammer und Molkereien auf die Kritik von UBV Tirol Obmann Enthofer. Im Bild die Kommentare von AMA und Präsident Hechenberger in der Tiroler Tageszeitung, der Beitrag ist die Antwort auf diese Kommentare.

Unsere Vorschläge für einen besseren Bauernmilchpreis

Wir haben schon viele Vorschläge eingebracht, wie man die dramatisch schlechten Einkommen bei den Bauern generell, vor allem aber auch bei den Milchbauern, ändern könnte. Konkret schlagen wir z.B. vor:

- **Sofortige Erhöhung der Umsatzsteuer für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf 20%.**
- **Mindestpreise bei den wichtigsten Lebensmitteln so wie z.B. ein Mindestlohn.**
Mit diesem Modell würden die Erzeugerpreise echte Erzeugerkosten abbilden und die Bauern würden wieder Geld verdienen.
- **Maximal 100% Preisaufschlag für den LEH bei Lebensmitteln.** Dürfte der LEH nur max. 100% auf den Einkaufspreis bei Le-

bensmittel aufschlagen, dann wäre das Dumping mit billigen Importprodukten vorbei. Beispiel: Kauft der LEH-Milch um z.B. 40 Cent günstig irgendwo im Ausland ein, darf er die Milch nur um 80 Cent verkaufen. Die Spanne beträgt für den LEH 40 Cent. Kauft der Handel die Milch um 1,10 ein, dann kann er sie um 2,20 Euro verkaufen. Die Spanne beträgt 1,10 Euro. Also 70 Cent mehr als beim Dumping Modell.

Fazit

Die Milchbauern haben derzeit wenig, oft keinen bzw. nur bescheidene Gewinne je Kilo Milch. Viele Milchbauern kommen gerade um die Runden, indem die fixen Kosten gedeckt sind. Manche haben 2 - 4 Cent Gewinn. Viele zahlen bei der Milch aber dazu.

Wenn das Tierwohl plus Programm dem Betrieb 3 Cent je Kilo Milch mehr kostet und er bekommt nicht mindes-

tens 5 Cent mehr, dann hat er weiter keinen Gewinn, sondern er schreibt einen Verlust von 3 Cent. Bei 500.000 Kilo Milch im Jahr also 15.000 Euro Minus. Jetzt kann der Bauer kaum die Zinsen für den Bau des geförderten Kälberstalls zahlen. Wie soll er die Investitionskosten je zurückzahlen??

Wie kommen wir also zu einem besseren Einkommen, damit wir ökonomisch ein Auskommen haben? Darauf sollten die AMA, die Herren Hechenberger oder Lindner bzw. Braunshofer uns konkret eine Antwort geben. Wir sind keine Feinde, sondern Bauern, die ihre erbrachten Leistungen ordentlich entlohnt haben wollen. Das ist – nachgewiesen – schon lange nicht mehr der Fall.

Mit bäuerlichem Gruß
LKR Alfred Enthofer
Bauer in Strass im Zillertal
Obmann UBV Tirol

Unsere Anträge



UBV OÖ
VV der LWK am
27.6. 2024

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert....

Antrag 1

Fakten liefern!

.... den Landwirtschaftsminister bzw. das Landwirtschaftsministerium und die zuständigen Stellen auf, auf wissenschaftlicher Basis in Studien aufzuzeigen, wieviel CO₂ in den letzten 20 Jahren durch die Landwirtschaft eingespart bzw. gebunden wurde.

Dafür: UBV und FPÖ

Dagegen: BB, SPÖ und Grüne

Antrag 2

... den Landwirtschaftsminister bzw. das Landwirtschaftsministerium auf, eine Schaf- und Ziegenprämie einzuführen.

Dafür: UBV

Dagegen: BB, SPÖ, FPÖ und Grüne

Antrag 3

... das Land OÖ und die zuständige Landesrätin Michaela Langer-Weninger auf, zur Sicherung der Lebensmittelversorgung, den arbeitsintensiven, tierhaltenden Betrieben, in denen die Bauern auch am Wochenende bzw. an Sonn- und Feiertagen im Stall arbeiten müssen, eine entsprechende zusätzliche finanzielle Unterstützung vom Land OÖ zu gewähren.

Dazu möge die Landesregierung OÖ im Landtag ein Förderprogramm einbringen, welches zum Beispiel eine Förderung in Höhe von 0,30 Euro pro Liter Milch vorsieht, die am Wochenende oder an Sonn- und Feiertagen produziert werden.

Dafür: UBV

Dagegen: BB, SPÖ, FPÖ und Grüne

Antrag 4

... den Präsidenten der Landwirt-

schaftskammer OÖ auf, die Entscheidung des Obersten Gerichtshof vom 19. März 2024 (4 Ob 126/23t) zur Kenntnis zu nehmen und bei LK-Beratungen und Ausarbeitung von Musterverträgen in Sachen Entschädigungszahlungen (bei Stromleitung, Wasserrückhaltebecken, Straßen, Gas etc.) einfließen zu lassen.

Dafür: UBV, FPÖ, SPÖ und Grüne

Dagegen: BB

Antrag 5

... die Bundesregierung auf, sich bei den zuständigen EU-Gremien dafür einzusetzen, dass die Flächen, die aus der Produktion genommen werden, mit mindestens 3.000 Euro/ha und Jahr und indexgesichert entschädigt werden. Die Gelder dafür müssen aus dem Umweltressort kommen. Die Entschädigung darf zu keiner Enteignung führen. Das soll gewährleisten, dass die produzierenden Landwirte weiter ihre Betriebe erhalten können.

Dafür: UBV

Dagegen: BB, SPÖ, FPÖ und Grüne

Antrag 6

... die Landesregierung Oberösterreich auf, sich an das bundesweite Ziel eines maximalen Bodenverbrauches von 2,5 ha pro Tag zu halten.

Dafür: UBV und Grüne

Dagegen: BB und FPÖ; SPÖ nicht anwesend

Antrag 7

„Potenzial von Klein/Kleinstbiogasanlagen erkennen, EGG (Erneuerbares-Gas-Gesetz) ändern“

... den Nationalrat und die zuständige Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie auf, das EGG (Erneuerbares-Gas-Gesetz) dahingehend abzuändern, dass die „Zehnkilometer-Regel“ und die damit verbundene verpflichtende Gaseinspeisung für Klein/Kleinstbiogasanlagen bis zu ei-

ner elektrischen Leistung von 100 KW entfällt. Anstatt dessen bekommen die Betreiber solcher Anlagen einen garantierten Stromabnahmevertrag auf 20 Jahre, wenn sie ihre Anlagen als Spitzenstromeinspeiser konzeptionieren, um der Gefahr von Brownouts bzw. Blackouts vorzubeugen.

Mit dem im Ministerrat am 21. Februar beschlossenen EGG, welches eine verpflichtende Gaseinspeisung in das bestehende Gasnetz im Umkreis von zehn Kilometern zu einem technisch geeigneten Anschlusspunkt vorsieht, wird die Verwirklichung vieler kleiner Biogasprojekte, vor allem auch der Containerbiogasanlagen, im Keim erstickt. Eine Biogasaufbereitung, um das gereinigte Biogas dann in das öffentliche Gasnetz einspeisen zu dürfen, rechnet sich für Kleinanlagen schlichtweg nicht!

Dafür: UBV, FPÖ und Grüne

Dagegen: BB; SPÖ nicht anwesend

Antrag 8

... den Nationalrat und die Bundesregierung auf, die CO₂-Abgabe auf Düngemittel den Betrieben wieder rückzuvorgüten.

Dafür: UBV

Dagegen: BB, FPÖ und Grüne; SPÖ nicht anwesend

Antrag 9

... das Land OÖ bzw. die zuständige Agrarlandesrätin Michaela Langer-Weninger auf, das Stellen von Agrarförderanträgen Menschen ohne Internetzugang zu ermöglichen. Digital darf nur eine Ergänzung zu analog sein.

Dafür: UBV

Dagegen: BB, FPÖ und Grüne; SPÖ nicht anwesend

Den vollständigen Text der Anträge lesen Sie auf

<https://www.ubv.at/antraege/>

Landwirtschaftskammer-Wahlen 2025 in Salzburg

Am 16. Februar 2025 finden in Salzburg die Wahlen zu einem neuen Bauernparlament statt. Es werden die Mitglieder für die Landeslandwirtschaftskammer und für die Bezirksbauernkammern gewählt. Der Unabhängige Bauernverband (UBV) tritt auch wieder mit vielen motivierten Kandidaten für alle Kammern an. Mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten hat bei der letzten Wahl das Wahlrecht nicht ausgeübt. Es ist ihnen entweder egal, was in der Landwirtschaft passiert, oder sie haben den Gedanken auf eine Änderung oder Verbesserung des Istzustandes schon aufgegeben. Es kann aber auch sein, dass ein Teil gar nicht weiß, dass sie wählen dürfen, aber eine Verständigung der Wähler wie bei allen anderen Wahlen wird von der Kammerführung strikt abgelehnt. Es würde 40.000 Euro alle fünf Jahre kosten – also fast nichts.

Wenn man sich das Ergebnis der letzten Landwirtschaftskammer-Wahl

ansieht, dann muss man davon ausgehen, dass bei den Bauern alles in bester Ordnung ist. Fast 80% wählten den Bauernbund, der seit 100 Jahren für alle Schandtaten gegen die Bauern verantwortlich ist.

Wir vom Unabhängigen Bauernverband (UBV) versuchen, die Situation

für die Bauern zu verbessern, aber dazu brauchen wir den Auftrag von den Bauern, den wir nur bei der Landwirtschaftskammer-Wahl bekommen können.

Also auf Bauern – geht wählen und wählt richtig.

UBV – die einzige Alternative am 16. Februar

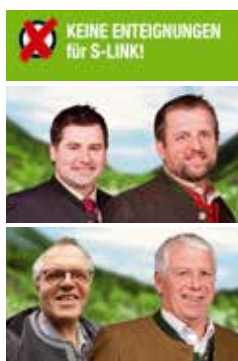
30 Jahre ÖVP-Bauernbund Politik • 30 Jahre 9 schwarze LWK-Präsidenten

Das traurige Ergebnis nach 30 Jahren

- ▶ 90.000 landwirtschaftliche Betriebe zugesperrt
- ▶ 1/3 der Bauern (400) im Lungau haben den Betrieb aufgegeben
- ▶ Der Milchpreis ist gefallen: 1995 - 50 Cent | 2025 - 45 Cent
- ▶ Rind- und Schweinefleisch kostet nach 30 Jahren weniger
- ▶ Der Holzpreis ist um 20 € gefallen
- ▶ Die Sozialversicherung ist bis zu 50% gestiegen
- ▶ Die Ausgleichszahlungen haben 50% von ihrem Wert verloren, jetzt will man uns die gleichen Ausgleichszahlungen als Erfolg verkaufen
- ▶ Enteignungen von 200.000 m² Grünland für die S-Link werden vom Bauernbund nicht bekämpft sondern einfach ignoriert

l.: Franz Wiedler
re.: Josef Tiefenbacher

l.: Peter Lecker
re.: Stefan Weiss



Und wer jetzt immer noch nicht zur Wahl geht und was ändern will dem können auch wir vom Unabhängigen Bauernverband nicht helfen.



Auf Bauer wehr dich – wähle am 16. Feb. UBV



Die 2 Gesichter des BB und der LWK bei der Verteidigung des Eigentums

Eigentum zu schützen ist für die Landwirtschaftskammer, den Bauernbund und der ÖVP nur dann wichtig, wenn es der Wirtschaft oder dem sogenannten öffentlichen Interesse nicht entgegensteht. Bei einem Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Salzburg (s. dazu Antrag 5 auf Seite 10 in der letzten Ausgabe) haben der Präsident und die Bauernbundfunktionäre mit der Aussa-

ge, dass das nicht dringlich sei, gegen einen entsprechenden Antrag gestimmt. Worte und Taten sind zwei verschiedene Seiten der Medaille, also Bauern seid auf der Hut, wenn es um Euer Eigentum geht und vertraut nur denen, die was tun und nicht denen, die schweigen, Ausreden suchen und unangenehme Aufgaben aussitzen wollen.

Die Bauern brauchen echte Vertreter, die sich auch gegen die eigene

Partei stellen, wenn es zum Wohl der Grundbesitzer notwendig ist. Parteisoldaten und Mitläufer gibt es genug. Steht also auf, wenn Ihr Bauern seid und für euer Klientel kämpfen müsst oder gebt Euren Job in der Interessensvertretung auf und lasst Leute mit Rückgrat und Durchsetzungsvermögen diese Arbeit machen.

Kommentar von Stefan Weiss, UBV Salzburg

Gespräche mit den Parteien

Anlässlich der Nationalratswahl lud der Unabhängige Bauernband die wahlwerbenden Parteien zur Bauernhofbesichtigung mit Zukunftsgespräch. Die Agrarsprecher der SPÖ, KPÖ und Grüne folgten der Einladung in Niederösterreich. Mit Vertreter der ÖVP und FPÖ gab es einen Diskussionsabend in Oberösterreich. Die Bedingungen sowie die Forderungen für ein faires

Einkommen in der Landwirtschaft wurden den Vertreter der Parteien deutlich vermittelt. Wir werden mit allen Parteien weiterhin im Gespräch sein. Dabei möchten wir anmerken, dass wir den zukünftigen Regierungsparteien unsere Forderungen dementsprechend auch vermitteln werden und mit Nachdruck darauf bestehen, diese auch umzusetzen.

Landesverbandstag

In Anbetracht der Landwirtschaftskammer-Wahl 2025 wurde der Landesverbandstag bereits Ende September abgehalten und als interner Wahlkampfauftakt genutzt. Es wurden intern einige Ergänzungswahlen im Vorstand durchgeführt. Somit wurde Werner Hirsch für das Waldviertel und Alexander Drmola für das Industrieviertel als Obmann Stellvertreter gewählt. Als Bäuerinnenvertreterin fungiert Sonja Schönbichler, und Martin Gruber nimmt sich um die Jugend an. Gastredner Dr. Wolfgang Suske hat über die Renaturierung einen sehr gu-

ten und praxisnahen Vortrag gehalten. Auch mit ihm möchten wir weiterhin in Verbindung bleiben.

Der Vorstand bedankt sich für das Engagement der Kammerräte auf Landes- und Bezirksebene sowie bei allen Funktionären und Mitgliedern für ihr Mitwirken.

Bis zur Wahl im März 2025 ist es wichtig, alle Kräfte für ein gutes Wahlergebnis des UBV zu mobilisieren. Dazu zählen wir auch auf deine Mithilfe. Die Aufforderung vom Stimmrecht Gebrauch zu machen, steht an erster Stelle.

LK-Wahl NÖ

Liebe geschätzte UBVLer, insbesondere in NÖ!

Wir im Vorstand sind mit vollem Einsatz bei den Vorbereitungen für die Kammerwahl Anfang März 2025. Es ist schon erstaunlich, wenn man das gesamte Kammerwahlgesetz für NÖ betrachtet, wie undemokratisch und nicht mehr zeitgemäß diese Wahl abläuft. Das beginnt mit dem Erstellen der Wählerverzeichnisse und endet mit der Verständigung der Wahlberechtigten wann und wo die Wahl abgehalten wird.

Dies zu ändern haben wir einige Male mit Herrn Landeshauptfrau-Stv. Pernkopf besprochen. Sind dabei aber auf taube Ohren gestoßen. Mit

den anderen Parteien sind wir noch im Gespräch. Die NÖ Landwirtschaftskammer gibt pro Wähler für die Wahl 51 Cent aus, das sind 80.000 Euro. Bei einem Kammerbudget für fünf Jahre von ca. 300 Mio. Euro. Das Kammerwahlrecht gibt nicht vor, die Wahlberechtigten persönlich zu informieren wo und wann die Wahl stattfindet. Es ist den wahlwerbenden Parteien überlassen, auf eigene Kosten dies zu tun. Man stelle sich vor, das wäre bei allen anderen Wahlen auch so. Nichts desto trotz werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Darum bitten wir euch umso mehr tatkräftig mitzuhelfen.

Liebe Grüße, UBV Vorstand NÖ mit
Obmann Herbert Hochwallner



Landesobmann LK-Rat Herbert Hochwallner und Reinhard Peham im Gespräch mit DI Katharina Váradi-Dianat von der KPÖ am Kollnitzberger Kirtag.



Erwin Haider, Landesobmann LK-Rat Herbert Hochwallner, Ing. LK-Rat Heribert Purkarthofer (Grüne, STMK), Bundesrat, Abgeordneter zum Steirischen Landtag Andreas Lackner (Grüne), Andreas Handl, LK-Rat Franz Fink



Landesobmann LK-Rat Herbert Hochwallner, Elisabeth Feichtiger von der SPÖ, BK-Rat Thomas Erber, LK-Rat Josef Handl und Martin Gruber



Die neu gewählten Obmann-Stellvertreter Werner Hirsch und Alexander Drmola mit Landesobmann LK-Rat Herbert Hochwallner und LK-Rat Josef Handl

Wenn die Zeit an der bäuerlichen Berufsvertretung vorbeigezogen ist

Wir sind in der zweiten Hälfte der aktuellen Funktionsperiode in der Kammervollversammlung. Angetreten bin ich für die Wahl, um die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sicher zu stellen.

Mit wenigen Worten kann man feststellen, dass es sich in der jetzigen Form bei der Berufsvertretung um ein Unternehmen handelt, welches die Verwaltung und Erhaltung der Bürokratie betreibt. Die Zeit ist allerdings an diesem System vorbei gezogen und wir sind heute im freien Markt mit all seinen Vor- und Nachteilen, aber vor allem mit der vollen Wirkung der Marktkräfte und den speziellen Anforderungen, die Mechanismen des freien Marktes zu beherrschen. Dazu haben viele Unternehmen und Ausbildungsorganisationen perfekte Marketingstrategien und Ausbildungsprogramme, aber vor allem bestens geschultes Personal, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. In der Führung der bäuerlichen Berufsvertretung ist aber von diesem guten Personal für die heutige Wirtschaftszeit wenig zu sehen.

Krastowitz: Dubiose Auslastungsstrategie

Als Beispiel sei die Investition in den Umbau von Schloss Krastowitz von 11 Millionen Euro erwähnt, ohne dafür eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorzulegen. Wie die Abgänge von jährlich 600.000 Euro beglichen werden sollen, ist völlig offen. Auch ist völlig offen, wie ein Bettentrakt mit 50 Betten ausgelastet werden soll.

Aussagen wie: was uns bei der Auslastung des LFI zugute kommt, sind die verpflichtenden Schulungen der Bauern. Daraus ist schon abzuleiten, dass die Führung der Berufsvertretung ein massives Interesse an diesen Programmen hat, wo die Bauern verpflichtende Schulungen absolvieren müssen. Das zeigt, dass in der Vertretung eigentlich Personal beschäftigt werden sollte, das weiß, dass ein Bauer nicht dazu da ist, sinnlose Zwangsschulungen zu absolvieren, um überflüssiges Personal zu beschäftigen.

Kompetente Neubesetzungen?

Im Frühjahr 2025 kommt es zur Neubenennung des Kammeramtsdirektors. Dazu haben wir den Vorschlag eingebracht, diese Position mit einer kompetenten Wirtschafts- und Finanzperson zu besetzen. Auch die Neubesetzung des Wirtschaftsreferates ist unumgänglich.

Hier braucht es Personen mit realistischer Ausbildung, welche unseren Berufsstand nach außen vertreten, ohne laufend Maßnahmen zu dulden, welche nur die Bürokratie am Leben erhalten.

Neue Besoldungsordnung

Vorschläge, welche die Kammerführung ausarbeitet, werden der Kam-

mervollversammlung zur Abstimmung (meist in Form einer Resolution) vorgelegt, und da braucht es realistische Vorschläge. So wurde im Oktober vorigen Jahres eine Änderung der Dienst- und Besoldungsverordnung zur Abstimmung vorgelegt, welche höhere Einstiegsgehälter bedeutet. Gleichzeitig wurden die Kosten dieses Vorschlages verschwiegen.

Sofort wurde ohne Auftrag der Vollversammlung die Notbremse gezogen und alles unternommen, um eine Gesetzesänderung zur Kammerumlage in die Wege zu leiten. Die Abgänge für die Lohn- und Gehaltserhöhung sollen die Bauern bezahlen.

Im Dezember war dann plötzlich ein Voranschlag für 2024 vorhanden, welcher einen Abgang von 700.000 Euro vorsah. Wieviel Personal nicht ausgelastet und daher überflüssig ist, wird bis heute verschwiegen.

Eine Erhöhung der Direktzahlungen um 30 Prozent wurde übrigens von der Kammervollversammlung auf Vorgabe des Präsidenten abgelehnt.

KR, Heimo Urbas



Unterstütz auch du die Unabhängige Bauernvertretung!
4 Zeitungen im Jahr sind inkludiert

ZVR 466182000, IBAN: AT92 2032 0321 0035 6455, <https://www.ubv.at/beitrittserklaerung/>

LKR Martin Pfeifer vorgestellt

Martin Pfeifer folgt in der Landeskammer Steiermark dem leider zu früh verstorbenen Hans Herbst nach, der seinerzeit Martin Pfeifer „entdeckte“. Martin Pfeifer ist u.a. Obmann Stellvertreter beim UBV Steiermark und UBV-Sprecher für die Südoststeiermark. Mit Werner Paar und Florian Taucher bildet er auch eine Speerspitze bei allen wichtigen Fragen zum Thema Obstbau und Direktvermarktung.

Obsternte früh und wenig ertragreich

Im Zusammenhang mit den Frostschäden betonten die 3 Obstbauern des UBV, dass es teilweise komplette Ertragsausfälle gab (zB auch auf den Betrieben Taucher und Paar) und auch erhebliche Teilausfälle, so zB leicht über die Hälfte am Betrieb Pfeifer! Daher wurde das Problem witterungs-

bedingter Ernteaufschläge und die Frage einer diesbezüglichen vernünftigen Versicherungsregel angesprochen.

Das aktuell gelebte Modell der Hagelversicherung erscheint den drei Obstbauern dringend reformbedürftig, weil man sie aus ihrer Sicht derzeit zu wenig zielgerichtet anwenden kann bzw. es an der notwendigen Flexibilität fehlt.

Bauernkiller Bürokratie, Renaturierung und Entwaldung

Generell gibt es für die Land- und Forstwirtschaft viel zu viel Bürokratie – man fordert eine Reduktion dieser von mindestens 50 %. Viele gesetzte Maßnahmen aus Brüssel, verschärft in Wien, sind für die Bauern unakzeptabel und teilweise komplett sinnlos. Das kann und will man so nicht hinnehmen.



UBV LKR für die Region Oststeiermark Martin Pfeifer (rechts) informiert bei einem Presetermin mit BKR Werner Paar (Weiz, links) und UBV Obmann Stellvertreter BKR Florian Taucher (mitte) über das schwierige Obstjahr 2024.

Neue Sprecher für das Mur- und Mürztal

Bei einem Pressegespräch in Leoben wurde die neue Landeskammerrätin des Unabhängigen Bauernverbandes vorgestellt: Barbara Kapaun-Lerchbaum aus Mautern ist das neue Sprachrohr des UBV im Mur- und Mürztal. Vorgestellt wurde auch Rudolf Gutjahr, er ist neuer Sprecher für das Mürztal.

Kapaun-Lerchbaum folgt Josef Gottlieb Wallner nach, der aus gesundheitlichen Gründen aus dem Amt ausscheiden musste. Wir haben sie bereits in der letzten Ausgabe auf Seite 17 genauer vorgestellt.

Bei dem Pressegespräch wurde auch Rudolf Gutjahr aus Sölsnitz bei Kindberg, der neue Sprecher für das Mürztal, der Presse vorgestellt.

Er sieht sich vor allem auch für den Bereich der Nebenerwerbslandwirte zuständig, weil er selber jahrelang als solcher seinen Beruf ausübte bzw. ausübt. Rudi ist neben seinem Beruf als Bauer mit den Schwerpunkten Pferde, Rinder, Grünland und Wald ein ausgebildeter Meister für Metalltechnik. Er ist auch seit jungen Jahren

immer wieder in der Öffentlichkeit engagiert, beginnend in der Landjugend, wo er einst Landesobmann der Landjugend Steiermark sowie BO-Stellvertreter bei der Landjugend war. Danach hat er jahrelang als Betriebsratsvorsitzender sowie Europabetriebsrat bei der Purmo Group sein Können, sein Wissen und sein Engagement eingebracht. Das Mitwirken in der Arbeiterkammer hat ihm auch ermöglicht, in nicht bäuerlichen Gremien sein Wissen über den Bauernstand einzubringen.

Er kennt durch seine Gewerkschaftsarbeit das harte Verhandeln aus dem Inneren und wird diese Fähigkeit beim UBV für die Bauern einbringen.



LKR Gerhard Mariacher, mit der neuen LKR Barbara Kapaun-Lerchbaum und dem neuen Mürztal Sprecher Rudi Gutjahr (v.l.) beim Pressegespräch in Leoben.

Was wir dringend von einer neuen Bundesregierung benötigen

UBV-Vertreter aus der Steiermark machten rund um die Nationalratswahlen deutlich, dass es an vielen Themen krankt. Die Existenzen von Bäuerinnen und Bauern sind massiv gefährdet. Aus hauptsächlich ökonomischen Gründen hat sich die Zahl der Betriebe seit dem EU-Beitritt bis heute von 280.000 auf 110.000 Betriebe verringert.

Wir brauchen wieder echte ökonomische Möglichkeiten. Wir müssen wieder Geld verdienen. Dazu fordern wir unter anderem folgende Sofortmaßnahmen einer neuen Regierung, die auf dem UBV-Programm aufbauen – siehe www.ubv.at.

Aus unserer Sicht hat der neue Agrarminister, wer immer es auch sein mag, dringend umzusetzen:

- 1) Die Abgeltung der Inflation 10 Jahre rückwirkend bei allen öffentlichen Mitteln, die wir als Leistungsabgeltung bekommen.
- 2) Erhöhung der UST für alle agrarischen Produkte auf 20 %. Das ist bei pauschalierten Betrieben sofort einkommenswirksam.
- 3) Die Abgeltung aller Leistungen, die wir derzeit unentgeltlich tun. Das sind u.a.
 - a) Abgeltung der Speicherung von CO₂ – 250 Euro je Hektar – indexgesichert.
 - b) Erhöhung der Flächenprämien für die Gestaltung der Kulturlandschaft auf einen Sockelbetrag von 900 Euro/ha. – Siehe UBV-Programm
- 4) Echte Spielregeln, die uns Einkommen ermöglichen und nicht unsere Existenzen kaputt machen.
- 5) Die Gülleverdünnung mit Wasser als eine weitere Option zur Erfüllung und Umsetzung der Nitratrichtlinie in der Form, dass man diese Option auch im Mehrfachantrag wählen kann. Kein Zwang zur Separierung und bodennahen Ausbringung.

- 6) NICHT RÜCKZAHLBARES INVESTITIONSPAKET. Wir fordern ein nicht rückzahlbares Investitionspaket je Betrieb. Gerechnet wird dies nach der Formel – 1.500 Euro/Monat hochgerechnet auf 1 Jahr je MA in der Land- und Forstwirtschaft. Rund 400.000 Menschen sind im System zu berücksichtigen. Das sind dann 15.000 Euro im Jahr – bei 400.000 Personen beträgt das Investitionspaket dann rund 6 Mrd. Euro. Das ist auf die rund 100.000-110.000 Betriebe umzulegen, d.h. je Betrieb rund 60.000 Euro. Das Geld bekommt jeder Betrieb, der in Österreich mit österreichischen Firmen arbeitet. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Investitionen verdoppeln bis verdreifachen. Bei 12 – 18 Mrd. Euro sind dies dann mindestens 2,4 bis 4,8 Mrd. Euro an Steuerrücklauf. Damit wird das Investitionspaket aus Steuerer-

lösen fast von selbst finanziert. Das ist ein Wirtschaftsmotor für den Ländlichen Raum. Da leben rund 55% der Österreicher.

- 7) Die Reduktion der Verwaltung um 50%. Die Verwaltung – Auflagen und Überwachung inklusive – sind mindestens um 50% zu kürzen. Trotz Digitalisierung gibt es immer mehr Beamte und Hürden sowie Schikanen gegen die Bauern, gleichzeitig sinken die Einkommen!
- 8) EU – RENATURIERUNGSGESETZ Ein klares NEIN zur aktuellen Form der Renaturierung – die raubt tausenden Bauern die Existenz.
- 9) ENTWALDUNGSVERORDNUNG Ein klares NEIN zur EU-Entwaldungsverordnung, sie ist wie die Renaturierung eine Entmündigung und Enteignung der Bauern.



Stehen für eine dringende ökonomische wie reformbetonte Offensive für die Bauern durch die neue Regierung: LKR Mag. Gerhard Mariacher, BKR Reinhard Dullnigg, BKR Ing. Georg König, BKR LKR Barbara Kapaun-Lerchbaum, BKR Ing. Andreas Racz, UBV Mürztal Sprecher Rudi Gutjahr.

Was Ihr wollt – aber was wollt Ihr?

Die folgenden Zeilen sind ein kleiner Auszug aus dem Buch „SATT UND UNZUFRIEDEN“ von Dr. Willi Kremer-Schillings, bekannt als Bauer Willi. Er ist Deutschlands bekanntester blogggender Landwirt und thematisiert die gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft.

Die Überschrift über allem lautet: Wir Bauern können alles. Wir können Naturschutz, wir können Artenschutz, wir können Klimaschutz, wir können Tierwohl. Und wir machen das jetzt auch. Ganz konsequent. Zusammen mit Greenpeace, BUND, NABU, Tierschutzbund, Verbraucherschützern und allen, die den Umbau der Landwirtschaft, die Agrarwende fordern.

Ihr wollt 10%, 20%, 30% der Flächen für **Naturschutz**? Können wir, machen wir. Kostet aber, weil wir auf diesen Flächen ansonsten keine Einnahmen haben. Und weil unsere Stückkosten steigen, wenn wir mit den gleichen Maschinen weniger Flächen bewirtschaften. Lieber BUND, Sorge dafür, dass wir Bauern Naturschutz zum Betriebszweig machen können. Gerne. Wir sind dabei.

Ihr wollt mehr **Artenschutz**? Was wollt Ihr? Mehr Kiebitze, Feldlerchen, Feldhamster, Schmetterlinge? Sagt uns genau, was Ihr wollt. Wir können das! Und wenn wir nicht wissen, wie es geht, kriegen wir das raus. Lieber NABU, Sorge dafür, dass wir den Artenschutz bezahlt bekommen.

Nein, keine Entschädigungen, sondern faire Entlohnung. Öffentliches Geld für öffentliche Leistung. Wir sind dabei.

Ihr wollt mehr **Klimaschutz**? Können wir. Wir können CO₂ in Humus binden. Das geht, hat aber Konsequenzen im gesamten System von Ackerbau und Grünlandbewirtschaftung. Vernässen von Mooren? Geht, aber diese Flächen erwirtschaften kein

Einkommen. Also, lieber Greenpeace, Sorge dafür, dass Klimaschutz einkommensrelevant wird. Wir sind dabei.

Ihr wollt mehr **Tierwohl**? Können wir, und wir haben es mit der Initiative Tierwohl auch schon bewiesen, dass es geht und dass viele es wollen. Wie viel Tierwohl wollt Ihr? Soll es 100% Bio sein? Können wir, aber dann sinkt die Zahl der Nutztiere in Deutschland und Fleisch ist für die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich. Milch, Käse und Eier gibt es nicht mehr jeden Tag. Und auch die Gülle als natürlicher Dünger wird knapp. Also, lieber Tierschutzbund, sagt wie Ihr es haben wollt. Wir sind dabei.

Liebe Verbraucherschützer, Ihr seht, dass die **Agrarwende** möglich ist. Wir können alles machen, wie Ihr es wünscht. Es hat aber Konsequenzen, die Ihr dem Verbraucher vermitteln müsst. Lebensmittel werden teurer, sehr viel teurer. Vielleicht muss er statt heute 12% dann 25% oder sogar 50% seines Einkommens dafür ausgeben. So wie früher...

Und damit keiner auf die Idee kommt, die Landwirte würden dadurch reich werden. Nein, die Lebensmittel werden teurer, weil eure Ansprüche an Naturschutz, Artenschutz, Klimaschutz und Tierwohl so gestiegen sind. Und wie heißt es so schön: Wer die Musik bestellt, der bezahlt sie. Wir Bauern können alles, es muss nur bezahlt werden. Von Euch, denn Ihr habt die Musik bestellt.

Erich Zahnt

Buchtipp "Satt und unzufrieden"

Bauer Willi, Deutschlands bekanntester blogggender Landwirt, erzählt vom Dilemma unserer Essensmacher. Dieses Dilemma verläuft zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen dem Anspruch des Bürgers und dem tatsächlichen Kaufverhalten des Verbrauchers. Bauer Willi erzählt vom gesellschaftlichen Klimawandel und dem Artensterben der bäuerlichen Landwirtschaft. In verständlicher Sprache und ohne erhobenen Zeigefinger schreibt er über die kritischen Themen unserer Gegenwart; über Massentierhaltung, Nitrat, Pflanzenschutz, Insektensterben, Gentechnik und schildert dabei seine Sicht der Dinge. Seine Meinung ist provokant, reizt zum Widerspruch, ist geradeheraus, unbequem und direkt. Genau das macht das Buch so spannend und wichtig.



Willi Kremer-Schillings
Satt und unzufrieden

288 Seiten, kartonierter Einband,
ISBN 9783864893957
Preis inkl. 10% MwSt. zzgl. Versandkosten € 24,70

Zu bestellen bei:

Bücherquelle
Buchhandlungsgesellschaft m.b.H.
Hofgasse 5/Postfach 189
8010 Graz
Mail: office@buecherquelle.at
Tel. 0316 821636 111

Landfrauenausflug nach Hirschbach

Zu einem Ausflug ins Mühlviertel, Bezirk Freistadt, machte sich die Landfrauengemeinschaft des Unabhängigen Bauernverbandes am 29. Juni 2024 auf. Unter der Leitung von Ilse Feldbauer und Diana Nöbauer standen ein Besuch im Bio-Kräuterhof Abraham und bei der Österreichischen Bergkräutergenossenschaft in Hirschbach an.

Die 30 Landfrauen aus den Bezirken Ried, Schärding, Grieskirchen, Eferding und Perg genossen die interessanten und lehrreichen Führungen. Bei Kaffee und Kuchen in der Lebzelterei Kastner in Bad Leonfelden fanden sie einen gemütlichen Ausklang.

Weitere Fotos auf www.ubv.at



UBV OÖ

UBV-Hoffest in Sigharting



Auch dieses Jahr fand Anfang August bei Familie Sina (Ortsbäuerin) und Johannes (Ortsbauernobmann) Mair in Sigharting ein Hoffest statt. Den Auftakt machte die Hofdisco am Samstag. Der Sonntag startete bei traumhaftem Wetter mit einer Feldmesse, musikalisch begleitet von der Blasmusikkapelle Sigharting. Zirka 1.000 Gäste ließen sich von der UBV-Mannschaft kulinarisch verwöhnen.



Am Bild von links: Ilse Feldbauer, Gudrun Roitner, Wolfgang Werner Neubacher-Kremeier, Sina Mair, UBV Landesobmann ÖR Karl Keplinger, Johannes Mair, Clubobmann August Wöginger, ÖR Johann Großpötl und Walter Stadler

Mehr Wildnis, Moore und Wölfe

So sieht das heutige Zukunftsbild der Gesellschaft aus, das uns aber nicht satt macht. Vor 70 Jahren, in Zeiten des Mangels, hat die Politik und Wissenschaft uns Bauern die von uns praktizierte Biodiversität und Kreislaufwirtschaft als rückständig ausgetrieben. Wie das Land heute aussieht, ist ein Ergebnis dieser jahrzehntelangen Agrarpolitik. Unter dem Vorwand von Umweltschutz und CO₂ wird gezielt versucht, uns Bauern die Bewirtschaftungskompetenz abzuspüren und als Umweltsünder abzustempeln. Sie pressen uns

stetig in ein enger werdendes Korsett von Vorschriften, trotzdem gelten Weltmarktpreise für uns. Wenn diese endlich Gewinne ermöglichen, öffnet man Grenzen ohne Regeln zu der Ukraine. Deren Erzeugnisse, zu Dumpingpreisen importiert, überschwemmen unsere Märkte, ohne Rücksicht auf Produktionsstandards und die wirtschaftlichen Konsequenzen des drastischen Preisverfalls für Bauern und Agrarhandel. Wir vom UBV fordern konsequenten Widerstand gegen diese chaotische Agrarpolitik, die Vertrauen zerstört und den gesamten Agrarsektor schädigt.



Kommentar von
KR Gudrun Roitner

Offset- und Digitaldruck



RehaDruck
sozialfair

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH
Viktor-Franz-Straße 9, A-8051 Graz T (0316) 68 52 55, rehadruk@rehadruk.at, www.rehadruk.at, [f](#)

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden? Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing und Sanierung bietet

Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich

Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Unser Tipp: Schließen Sie eine **Rechtsschutzversicherung** ab! Und überprüfen Sie Ihre **Haftpflichtversicherung**! Die Deckungssumme von 5 Mio. Euro ist empfehlenswert. Noch Fragen? Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte.

Weitere Infos unter **office@ubv.at** oder
WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22;
matthias.wallner@wbv.at

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Isinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedersill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Hönle, Kadettengasse 29, 8041 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Österreichische Post AG
MZ 02Z030371 M
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

Retouren bitte an:
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting